



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europa
Az.: 009-01/kö
Tel.: 0391/56531-40
weiss@landkreistag-st.de

13. März 2017

Rundschreiben Nr. 137/2017

EU-Kommission legt Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vor

Kurzfassung:

Am 1. März 2017 hat die EU-Kommission ein Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt. Das Dokument soll eine Diskussion über die künftige Rolle der EU auf dem Gipfel zum 60-jährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2017 ermöglichen. In dem Papier stellt die Kommission fünf mögliche Szenarien vor, die von einer Stärkung nationaler Kompetenzen bis zu einer vollen Europäisierung reichen. Das Weißbuch enthält abstrakte und theoretische Überlegungen zu möglichen Optionen; konkrete legislative Maßnahmen werden nicht vorgeschlagen. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und Vertretern der Mitgliedstaaten sollen Diskussionsrunden zur Zukunft der EU in Kommunen und Regionen durchgeführt und auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2017 erste Schlussfolgerungen gezogen werden.

Die EU-Kommission hat am 1. März 2017 ein Weißbuch zur Zukunft Europas (**Anlage**) vorgelegt. Das Diskussionspapier setzt sich mit den größten Herausforderungen und Chancen für Europa in den nächsten zehn Jahren auseinander. In fünf Szenarien wird skizziert, wo die Union 2025 stehen könnte und welche Anpassungen dazu erforderlich wären.

Das Dokument ist der Beitrag der EU-Kommission zum Gipfel in Rom zum 60-jährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2017, auf dem die EU ihre Errungenschaften der vergangenen 60 Jahre, aber auch ihre Zukunft als EU der 27 erörtern wird.

Das Weißbuch soll am Anfang eines Prozesses stehen, in dessen Rahmen die Union mit ihren 27 Mitgliedstaaten sich auf eine gemeinsame Vision für die Zukunft einigt. Um diesen Prozess zu unterstützen, plant die Kommission zusammen mit dem Europäischen Parlament und interessierten Mitgliedstaaten eine Reihe von Diskus-

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

sionsrunden zur Zukunft der EU in Kommunen und Regionen der EU zu veranstalten. Im Dezember 2017 auf der Tagung des Europäischen Rates sollen erste Schlussfolgerungen gezogen werden.

Die EU-Kommission wird darüber hinaus in den kommenden Monaten (vgl. den Zeitplan auf S. 28) weitere Diskussionspapiere zu den folgenden Themenbereichen vorlegen:

- die Entwicklung der sozialen Dimension Europas;
- die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Berichts der fünf Präsidenten vom Juni 2015;
- Chancen der Globalisierung;
- die Zukunft der europäischen Verteidigung;
- die Zukunft der EU-Finanzen.

Wie das Weißbuch sollen die Diskussionspapiere verschiedene Ideen, Vorschläge, Optionen oder Szenarien für Europa im Jahr 2025 vorstellen, ohne in dieser Phase endgültige Beschlüsse zu präsentieren.

Die Kommission führt aus, dass Europas Bevölkerung und wirtschaftliches Gewicht schrumpfen (vgl. S. 8 ff.), während andere Teile der Welt wachsen. Im Jahr 2060 entfielen nach aktuellen Schätzungen auf jeden einzelnen EU-Mitgliedstaat ein Anteil von weniger als 1 % an der Weltbevölkerung. Auch Europas wirtschaftliches Gewicht gehe im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen zurück, der Anteil am weltweiten BIP werde von derzeit rund 22 % auf deutlich unter 20 % im Jahr 2030 sinken. Auch militärische Sicherheit spiele heute wieder eine wesentliche Rolle in der Wahrnehmung der Bürger.

Die Arbeitslosigkeit sinke weiterhin stetig, befände sich aber im Durchschnitt in der EU noch auf einem hohen Niveau, der demographische Wandel stelle die Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen; Europa wird nach den Schätzungen der Kommission bis 2030 die älteste Bevölkerung weltweit haben (vgl. S. 10.).

Im Folgenden werden fünf Szenarien beschrieben, die vom Erhalt des Status quo über eine Stärkung der Nationalstaaten bis hin zu einer starken Europäisierung aller Politikbereiche reichen. Ausgangspunkt für jedes Szenario ist, dass die 27 Mitgliedstaaten gemeinsam als Union voranschreiten. Die EU-Kommission erklärt, dass ggf. auch eine Mischung verschiedener Optionen als Lösung in Frage käme.

Szenario 1: „Weiter wie bisher“

Diese Option sieht vor, dass die EU weiter an ihrem Kurs festhält, und sich auf die Umsetzung und Aktualisierung ihrer derzeitigen Reformagenda konzentriert. Die Prioritäten werden regelmäßig aktualisiert, neue Rechtsvorschriften entsprechend ausgearbeitet.

Der Schwerpunkt werde weiterhin auf Beschäftigung, Wachstum und Investitionen gelegt, indem die EU den Binnenmarkt stärkt und mehr in die digitale Infrastruktur sowie die Verkehrs- und die Energieinfrastruktur investiert. Das Beihilferecht werde modernisiert, Terrorismus soll entsprechend der Bereitschaft der nationalen Behörden zur Weitergabe nachrichtendienstlicher Erkenntnisse bekämpft werden.

Das Management der Außengrenzen bleibe primär Aufgabe der einzelnen Länder, diese erhalten operative Unterstützung durch die Europäische Grenz- und Küstenwache. Die EU arbeite weiter auf eine gemeinsame Asylpolitik hin, der EU-Haushalt werde teilweise modernisiert.

Aus Sicht der EU-Kommission könnte durch diese Option die Einheit der 27 Mitgliedstaaten gewahrt werden, bei ernsthaften Differenzen müsste dagegen ein Bruch befürchtet werden.

Eine wesentliche Zielsetzung innerhalb dieses Szenarios sei es, in Innenstädten wie auch in ländlichen Gebieten Zugang zu qualitativ hochwertigen Hochgeschwindigkeits-Breitbanddiensten zu gewährleisten.

Szenario 2: „Schwerpunkt Binnenmarkt“

Diese Option sieht eine Vertiefung bestimmter zentraler Aspekte des Binnenmarkts vor, während in Bereichen wie Migration, Sicherheit oder Verteidigung, in denen es keinen Willen zur Zusammenarbeit bei den Mitgliedstaaten gebe, nicht weiter vorangetrieben werden. Dort würde eine bi- bzw. multilaterale Zusammenarbeit in den Vordergrund rücken.

In diesem Szenario bleiben in Bereichen wie Verbraucher-, Sozial- und Umweltstandards sowie Steuern und Verwendung öffentlicher Subventionen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen oder verschärfen sich. Eine schwache Kooperation in Sicherheits- und Migrationsfragen könne dazu führen, dass Reisende an nationalen Grenzübergangsstellen systematischer kontrolliert werden müssten. Auch international werde die Rolle der EU geschwächt, da sie in vielen Fragen nicht geschlossen auftreten könne.

Der Haushalt werde auf eine Finanzierung der Basisfunktionen, die für die Aufrechterhaltung des Binnenmarktes benötigt werden, reduziert.

Obwohl bi- oder multilaterale Einigungen leichter erzielbar erscheinen, wird aus Sicht der Kommission in diesem Szenario insbesondere die Schaffung von einheitlichen Migrations- und Asylvorschriften unwahrscheinlicher.

Szenario 3: „Wer mehr will, tut mehr“

Dieses Szenario legt eine Fortsetzung der derzeitigen Praxis zugrunde.

In einzelnen Bereichen, in denen Mitgliedstaaten gemeinsam verstärkt tätig werden wollen, formieren sich eine oder mehrere „Koalitionen der Willigen“. Der Status der übrigen Mitgliedstaaten bleibe gewahrt; es stehe ihnen offen, sich im Laufe der Zeit den Mitgliedstaaten anzuschließen, die eine stärkere Kooperation anstreben.

Gruppen von Mitgliedstaaten könnten nach den Aussagen der EU-Kommission insbesondere bei der polizeilichen Zusammenarbeit, in der Verteidigungspolitik oder in Bezug auf Steuer- oder Sozialpolitik bi- oder multilaterale Vereinbarungen schließen. Diese Option sieht ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ vor, in dem nur ein Mindestmaß an Harmonisierung vorgesehen wird.

Das Szenario könnte aus Sicht der Kommission dazu führen, dass u.a. die europäischen Bürgerrechte sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat deutlich unterscheiden. Außerdem dürfte es in diesem Szenario aus Sicht der Kommission notwendig werden, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die weitergehende Maßnahmen anstreben für die Umsetzung der Maßnahmen zusätzliche Mittel in das EU-Budget einstellen (vgl. S. 21).

Szenario 4: „Weniger, aber effizienter“

Die EU konzentriert sich in diesem Szenario auf ausgewählte Politikbereiche in denen Ergebnisse rascher erzielt werden sollen (beispielhaft werden hier Innovation, Handel, Sicherheit, Migration, Grenzmanagement und Verteidigung genannt). Auch der Binnenmarkt solle partiell vertieft werden.

In anderen Bereichen werde die EU nicht mehr oder nur in geringem Umfang tätig. Dies gelte insbesondere für Themenbereiche, in denen der Zusatznutzen europäischer Aktivitäten als eher begrenzt wahrgenommen wird oder die Erwartungen nicht erfüllt werden können (genannt werden hier insbesondere Regionalpolitik, die öffentliche Gesundheit oder Teile der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die für das Funktionieren des Binnenmarkts nicht unmittelbar relevant sind, vgl. S. 22).

In den prioritären Bereichen müsste die EU aus Sicht der Kommission mehr und weitergehende Kompetenzen erhalten (hier wird beispielhaft auf die aktuell bestehenden ausschließlichen Zuständigkeiten in der Wettbewerbspolitik oder der Bankenaufsicht verwiesen). Die Kontrolle staatlicher Beihilfen soll in diesem Szenario dagegen auf die nationalen Behörden übertragen werden.

In den auf EU-Ebene geregelten Bereichen müsse die Einhaltung der Vorschriften durch größere Durchsetzungsbefugnisse gewährleistet werden. Dies würde aus Sicht der Kommission z.B. die Schaffung einer Telekom-Behörde auf europäischer Ebene ermöglichen, die befugt wäre, Funkfrequenzen freizugeben.

Die EU-Kommission erhofft sich von diesem Szenario eine bessere Verständlichkeit europäischer Entscheidungsprozesse für die Bürger. Allerdings stellt sie auch fest, dass eine Einigung zwischen den Mitgliedstaaten zu entsprechenden Prioritäten nur schwer herbeizuführen sein dürfte. Das Szenario würde überdies eine grundsätzliche Neuausrichtung des EU-Haushalts voraussetzen.

Szenario 5: „Viel mehr gemeinsames Handeln“

In diesem Szenario würde die Europäische Union in allen Politikfeldern stärker aktiv werden als sie es bisher ist. Dies setze voraus, dass mehr Kompetenzen als bisher auf die Europäische Union übertragen werden (die EU-Kommission nennt in ihrem Papier beispielhaft Handelsfragen, die in diesem Szenario ausschließlich auf EU-Ebene verhandelt würden, vgl. S. 25). Durch die Übertragung von weiteren Kompetenzen auf die EU erhofft sich die Kommission insbesondere eine schnellere Beschlussfassung. Diese Option würde eine komplette Modernisierung des Haushalts der EU voraussetzen, die auch die Ausstattung mit Eigenmitteln umfasst.

Bewertung

Das vorgelegte Papier schlägt verschiedene - eher theoretische - Optionen für eine Zukunft der EU vor, ohne zu konkretisieren, welche Änderungen am europäischen Primärrecht zur Umsetzung notwendig wären.

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die Kommission eine Diskussion über die Zukunft der EU anstrebt, da die Union in vielen Mitgliedstaaten der EU sowohl bei den Bürgern als auch in der Politik kritisiert wird. Erfreulich ist außerdem, dass die EU-Kommission auch vorsieht, Bürgerdialoge in Kommunen durchzuführen, um die bürgernächste Ebene der Verwaltung einzubeziehen.

Bemerkenswert ist die Einschätzung der Kommission zur Regionalpolitik, die als ein Themenbereich genannt wird, in dem die europäischen Maßnahmen keinen wirklichen Mehrwert bieten oder die Erwartungen nicht erfüllt werden können. Die von der Kommission vorgenommene Aufstellung macht zudem noch einmal deutlich, welche Vorzüge die Europäische Union zum heutigen Tage schon bietet.

Auch wenn das dritte Szenario von verschiedenen Vertretern der EU-Institutionen derzeit scheinbar als die wahrscheinlichste Möglichkeit angesehen wird, kann nicht ausgeschlossen werden, dass nach Diskussionen im Rat das aktuell bestehende Modell beibehalten werde.



Theel

Anlage
(nur digital)